

Gedanken zur derzeitigen Flüchtlingssituation in Europa und insbesondere in Deutschland

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

als politisch aktiver Mandatsträger wende ich mich heute zusammen mit den Mitgliedern der Kreisvorstandschaft der Jungen Union Passau-Land mit einem eindringlichen Appell um Korrektur der derzeitigen Flüchtlingspolitik an Sie. Wir jungen Menschen sind zutiefst besorgt über die Zukunft unseres Landes und damit auch über unsere und die unserer Kinder. Unsere Sorge wächst tagtäglich durch den nicht abreißenden, sondern eher noch anschwellenden Zustrom nicht nur aus dem Kriegsgebiet Syrien, sondern auch aus vielen anderen Ländern, vor allem aus Afrika und den Balkanstaaten.

Dass diese Entwicklung absehbar war, konnte man von allen politisch interessierten Menschen schon im Frühjahr hören. Scheinbar sind aber viele Spitzenpolitiker so weit weg von der Realität, dass sie immer wieder abgewiegelt haben. Das gilt besonders für die Opposition, die außer penetranter Kritik und utopischer Forderungen ohnehin nichts zu bieten haben. So kam es auch dazu, dass die Vorbereitungen in den betroffenen Behörden eher schleppend anliefen. Mittlerweile hat das Problem chaotische Formen angenommen, es eskaliert immer weiter und nur mit gestörtem Realitätssinn kann man von einer beherrschbaren Lage sprechen, wie das Ihr Vizekanzler noch vor wenigen Tagen tat.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir können nicht verstehen, wie Sie und einige ihrer engsten Mitarbeiter die Warnungen der CSU Führung so lange in den Wind schlagen konnten! Aus Bayern, wo im Übrigen von vielen Bürgern vorbildhaft ehrenamtlich geholfen wird, kamen realistische Einschätzungen und machbare Vorschläge schon zu einem frühen Zeitpunkt, sie wurden aber in Berlin ignoriert.

Wir sind auch besorgt über den andauernden Bruch des Schengener Abkommens und die fortlaufende Duldung von Rechtsbrüchen. Ordnungswidrigkeiten und Straftaten scheinen bei diesem Thema keine Rolle zu spielen. Der Gipfel war dann die überzogene deutsche Reaktion auf die Sichtweise anderer europäischer Länder, allenvoran Ungarn, in dem die Regierung nur geltendes Recht verteidigt und nach dem Wunsch von über 90 Prozent seiner Bürger verfährt, auch wenn die Methoden der Regierung Orbán zum Teil fragwürdig erscheinen. Wir registrieren, dass

DEINE ANLIEGEN,
MEINE ANTWORTEN!

[Hier geht's zum Email-Formular](#)

ARCHIVE

[Oktober 2015](#)

[September 2015](#)

[August 2015](#)

[Juli 2015](#)

[Juni 2015](#)

[Mai 2015](#)

[April 2015](#)

[März 2015](#)

[Februar 2015](#)

[Januar 2015](#)

[Dezember 2014](#)

[November 2014](#)

[Oktober 2014](#)

[September 2014](#)

[August 2014](#)

[Juli 2014](#)

[Juni 2014](#)

[Mai 2014](#)

[April 2014](#)

[März 2014](#)

[Februar 2014](#)

[Januar 2014](#)

[Dezember 2013](#)

[November 2013](#)

[Oktober 2013](#)

[September 2013](#)

[August 2013](#)

[Juli 2013](#)

[Juni 2013](#)

[Mai 2013](#)

[April 2013](#)

[März 2013](#)

[Februar 2013](#)

[Januar 2013](#)

[Dezember 2012](#)

laute beleidigende Kritiker jetzt leiser werden und die Lage realistischer bewerten.

[Administrator](#)

[Impressum](#)

Für uns ist es nicht nachvollziehbar, dass

- täglich tausende von Flüchtlingen, darunter ein hoher Prozentsatz von Wirtschaftsflüchtlingen und Wohlstandszuwanderern zwischen den Kontinenten ungehindert und unkontrolliert zu uns kommen.
- diese Personen nicht registriert wurden und auch noch nicht lückenlos werden, was die Gefahr der Einschleusung von Terroristen noch erhöht.
- immer noch verdeckt und offen für eine Wanderung nach Deutschland geworben wird, auch durch die hohen Unterstützungsstandards. Hier geben wir dem ungarischen Premier Orban Recht, der uns vorwirft, dass sich Deutschland dieses Problem zu einem hohen Maß selbst geschaffen hat. Wir müssen dringend unsere hohen, Anreiz schaffenden, Standards nach unten korrigieren.
- kritische Mahner unwidersprochen in die rechte Ecke gestellt werden oder gar als Nazis bezeichnet werden, auch von Spitzenpolitikern aus dem Deutschen Bundestag.
- bei einer tendenziösen Berichterstattung durch die Medien keine klare Position dagegen bezogen wird. Die dargestellte „Willkommenskultur“ entspricht nicht der Realität.
- die innere Sicherheit immer mehr gefährdet wird.
- staatliche Stellen und Behörden, wie beispielsweise die Jugendämter, ihren eigentlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen können, weil sie durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmFs) gebunden sind. Das ist zum Schaden unserer förder- und hilfsbedürftigen Kinder und Jugendlichen. UmFs gehören sofort aus der Jugendhilfe herausgenommen.
- immer wieder von einem Segen für unseren Arbeitsmarkt gesprochen wird, obwohl unter den Flüchtlingen ein nicht geringer Anteil Analphabeten sind und viele nicht einmal eine Grundschulbildung haben. Wirtschaftsvertretern unterstellen wir beim Gebrauch derartiger Argumente, dass sie sich oft nur auf billigste, vom Staat geförderte Arbeitskräfte freuen.
- wir mit der Aufnahme der unterschiedlichsten Religions- und Bevölkerungsgruppen sehenden Auges die Ursachen für die Kriege in Syrien, dem Irak und in Afrika zu uns verlagern.
- die Einwanderer angeblich den Fachkräfte- und Azubi-Mangel decken sollen, obwohl in Staaten der EU wie Spanien oder Griechenland sowieso bis zu 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit herrscht und wir von dort jede Menge an schulisch bestens ausgebildeten Arbeitskräften bekämen.

89015 Besucher

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

bitte korrigieren Sie ihre politische Linie! Schlagen Sie bitte nichtweiterhin ernst gemeinte Warnungen aus vernünftigen politischen Kreisen in den Wind.

Wir bitten Sie deshalb und fordern das auch,

- stellen Sie endlich die Geldleistungen an die Flüchtlinge ein, mit Sachleistungen wäre gleich weniger Anreiz geschaffen.
- begrenzen Sie die rechtlichen Möglichkeiten auf das absolutnotwendige Maß, damit sich nicht jeder Flüchtling auf staatliche Kosten durch alle Instanzen klagen kann.
- beschleunigen Sie die Asylverfahren durch zusätzliche Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die im Koalitionsvertrag festgelegten drei Monate ab Einreise sind zwingend herbeizuführen und zu gewährleisten.
- erhöhen sie die Unterstützung von Ländern und Kommunen bei den Asylkosten.
- üben Sie mehr Druck für eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten aus.
- erinnern Sie auch die USA an ihre Verantwortung, haben die Amerikaner doch viele der Ursachen für diese Völkerwanderung geschaffen.
- stoppen Sie den Drang der Balkanländer in die EU, die zu Hause schon ihre Probleme nicht in den Griff bekommen.
- sorgen Sie für effiziente Außengrenzkontrollen, wenn nötig multinational. Schengen gehört ohnehin ausgesetzt, angesichts der Hilflosigkeit der Staaten an den Außengrenzen und des ständigen Bruchs dieses Abkommens. Im Notfall sollten die Grenzkontrollen innerhalb der Schengenstaaten ausnahmslos wieder eingeführt werden.
- gefährden Sie durch Ihre und die Politik Ihres Koalitionspartners nicht weiterhin die innere Sicherheit.
- verhindern Sie eine Spaltung unserer Gesellschaft und nehmen Sie die Ängste innerhalb unserer Bevölkerung ernst.
- helfen Sie die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern, wir denken da besonders an Afrika, das als Pulverfass zu sehen ist und von wo aus noch größere Mengen an Flüchtlingen kommen werden.
- sorgen Sie dafür, dass die Bundespolizei durch schnell ausgebildete Angestellte entlastet wird. Wir sehen das wie die Gewerkschaft der Polizei, die das schon vor Monaten gefordert hat, passiert ist nichts! Es ist zu teuer, voll ausgebildete Polizeibeamte für die Administration der

Flüchtlingsregistrierung oder für Fahrdienste zu vergeuden. Es ist für uns problematisch, dass auch die Landespolizei, die ja andere Aufgaben hat, hier zwangsweise eingebunden wird.

- legen Sie zusammen mit den anderen EU-Staaten fest, dass weitere Balkanstaaten sichere Herkunftsländer werden und führen Sie die Visapflicht ein.
- sorgen Sie für ein konsequentes Vorgehen gegen Asylbewerber, die bei der Feststellung ihrer Identität unkooperativ sind.
- sorgen Sie für ein konsequentes Vorgehen gegen Schleuserbanden und eine Intensivierung der Schleierfahndung.
- Asyl- und Flüchtlingszentren in Afrika lösen das Problem nur zum Teil, deshalb wären Flüchtlingskorridore besser, aus denen die Menschen dann wieder in ihre Heimat zurück können.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir wollen noch einmal betonen, es geht uns auch um die vielen rechtschaffenen Bürger, die arbeiten und brav ihre Steuern bezahlen. Ihnen muss verdeutlicht werden, warum jetzt zehn Milliarden Euro und künftig noch viel mehr ohne Probleme für den Flüchtlingsansturm bereitgestellt werden, vorher aber keine Geld für marode Straßen, mehr Polizeibeamte und Lehrer sowie bessere Sozialleistungen für unsere Bürger verfügbar war. Wenn diese rechtschaffenen Bürger jetzt Kritik üben, dürfen sie nicht in die rechte Ecke gedrängt werden.

Wir sind auch weit davon entfernt, echten Flüchtlingen, die Hilfe zu versagen und keinen Schutz zu bieten. Doch kann es nicht angehen, dass Deutschland zum Ziel aller Menschen auf der Erde wird, die nur ihre Lebensverhältnisse verbessern oder unsere sozialen Standards ausschöpfen

wollen. Das muss man sagen dürfen ohne gleich stigmatisiert zu werden. Das sollten auch Sie immer wieder deutlich machen.

Übrigens auch ein Vergleich der jetzigen Situation mit der nach 1945, der auch in ihrem Umfeld immer wieder gezogen wird, ist bestenfalls populistisch und verfälscht die Geschichte. Nach dem zweiten Weltkrieg kamen deutsche Vertriebene zu uns, sie wuchsen mit der deutschen Kultur auf und beherrschten die deutsche Sprache perfekt. Dies ist bei den Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht der Fall, was die Integration erschwert. Die Anstrengungen sind also mit denen von 1945 nicht vergleichbar, die Integration wird länger und schwieriger sein.

Mit besten Grüßen

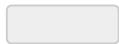
Josef Heisl jun.

Stefan Meyer

Bezirksrat und Kreisrat
Land

JU-Kreisvorsitzender Passau-

für die gesamte Kreisvorstandschaft
Stellv. JU-Landesvorsitzender



Teil

